

## Der Gegenwind für die FDP-Spitze blieb vorerst aus

Parteichef Rösler stellte sich auf **Regionalkonferenzen** seiner Parteibasis

WÜRZBURG/DORTMUND :: Der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler hat bei der ersten Regionalkonferenz in Würzburg nach einer Serie von Wahlpleiten seinen Kurs verteidigt. „Ich muss jeden enttäuschen, der erwartet hat, dass wir hier mit hängenden Köpfen auftauchen und Abbitte leisten für die letzten zwei Jahre“, sagte der Wirtschaftsminister am Wochenende vor rund 160 FDP-Mitgliedern aus Süddeutschland. Sich schlechtzureden sei falsch. „Wer sich selbst zum Würstchen macht, braucht sich nicht wundern, wenn er verspeist wird“, sagte Rösler.

Die Parteispitze wirbt nun auf vier Regionalkonferenzen für ihren Kurs und einen Gegenantrag zur Schäffler-Position. In Würzburg hörten sich auch Generalsekretär Christian Lindner und Fraktionschef Rainer Brüderle die Kommentare der Basis an.

Rösler will die in diesem Jahr aus fünf Landtagen geflogene FDP aus der Krise führen. „Wenn man sich an einem sehr tiefen Punkt befindet, dann ist das eine Chance.“ Er gestand aber auch Fehler ein: „Wir müssen zugeben, dass wir uns viel zu offen mit uns selbst beschäftigt haben.“ Damit müsse nun Schluss sein. Auch wenn in Würzburg ein Proteststurm gegen die Parteispitze ausblieb, zeigten sich viele Liberale besorgt über den Zustand der FDP. „Die Frage ist: Warum haben wir unsere Wähler verloren?“, sagte ein Mitglied. Die Bundespartei müsse sich wieder ein starkes Thema suchen.

**Euro-Kritiker Schäffler übergibt Parteivorstand Unterschriftenliste**

Die Wähler der FDP seien zuletzt zu Hause geblieben, weil sie sich fragten, ob die Liberalen ihre Ziele erfüllten, meinte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr auf der Regionalkonferenz in Dortmund. Deshalb müssten die Liberalen aus ihrem innerparteilichen Streit herauskommen und Lösungen für die aktuellen Probleme anbieten. „Die FDP-Wähler erwarten, dass wir es besser machen.“

Der „Euro-Rebell“ Frank Schäffler und weitere Mitstreiter wollen über einen Mitgliederentscheid den künftigen Euro-Rettungsschirm ESM stoppen, der Mitte 2013 kommen soll. Der Bundestagsabgeordnete Schäffler will heute in der Berliner Parteizentrale die Liste mit rund 3700 Unterschriften übergeben. Es ist das erste Mal in der FDP-Geschichte, dass die Basis eine Mitgliederbefragung erzwingt.

Vize-Parteichefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kritisierte die Euro-Skeptiker um Schäffler. „Ich warne davor, dass sich die FDP sehenden Auges handlungs- und regierungsunfähig macht“, sagte die Bundesjustizministerin der Zeitung „Die Welt“. Auch Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) riet von einem überstürzten Kurswechsel in der Europa-Politik ab. „Populismus in diesem Bereich ist gefährlich“, sagte er den Dortmunder „Ruhr Nachrichten“. (HA)



FDP-Chef Philipp Rösler  
Foto: dapd



Rund 7000 freiwillige Soldaten haben sich bereits gemeldet. Das Aus für die Wehrpflicht ist Teil der größten Bundeswehrreform in der Geschichte der Truppen Foto: dapd

# Freiwilligendienst startet holprig

Nach **100 Tagen ohne Wehrpflicht** und Zivis gibt es zwar einen guten Zulauf, aber auch noch reichlich Probleme

NINA PAULSEN  
CHRISTIAN UNGER

BERLIN/HAMBURG :: Ein bisschen Image-Arbeit muss bei der Bundeswehr dann doch noch sein. Mit dem Hauptgefreiten Frank Treppe zum Beispiel, ein junger Soldat beim Wachbataillon in Berlin. Oder mit dem schon erfahrenen Obermaat Christian Paul, Schiffstauer aus Kiel. In kurzen Filmen, Texten und Fotos erzählen sie ab heute im Internet, warum sie so gern bei den Streitkräften arbeiten, über das Wir-Gefühl mit den Kameraden und die Truppe als Arbeitgeber. Mit dem neuen Portal [www.wirdienendeutschland.de](http://www.wirdienendeutschland.de) hat die Bundeswehr damit einen weiteren Kanal geschaffen, um junge Männer und Frauen für sich zu begeistern. Denn auch 100 Tage nach dem Aussetzen der Wehrpflicht muss sich die Armee weiter anstrengen, um genügend freiwillige Rekruten zu finden.

**Der Bundeswehrverband Nord warnt vor Engpässen beim Sanitätsdienst**

Dabei ist die erste Bilanz gar nicht so schlecht: Seit 1. Juli 2011 haben sich mehr als 7000 junge Menschen zum Dienst gemeldet. Die meisten von ihnen, rund 4600, starten jetzt im Oktober. 77 davon in Hamburg, 208 in Schleswig-Holstein und 495 in Niedersachsen. Das von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) ausgegebene Mindestziel von 5000 Freiwilligen ist damit erreicht. Was den Minister allerdings weniger zufrieden stellen dürfte, ist die Abbrecherquote: Etwa jeder fünfte Neuling hat die Bundeswehr bereits wieder verlassen. „Viele schnuppern nur kurz in den Beruf rein oder überbrücken die Zeit bis zum Studium. Einige stellen auch fest, dass es ihnen

körperlich zu anstrengend ist, Soldat zu sein“, sagte Hans-Dieter Petersen, Landesvorsitzender beim Bundeswehrverband Nord, dem Abendblatt. Die Bewerberlage in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sei allerdings gut, „wir bekommen im Moment ausreichend Nachwuchs“.

Die laufende Neuausrichtung der Bundeswehr ist die sechste Reform der Streitkräfte seit 1992 und die größte überhaupt. Um 62 Prozent wurde das Bundeswehrpersonal in den letzten 20 Jahren gekürzt, jetzt sollen die Truppen weiter reduziert werden: Von 220 000 Soldaten auf 185 000. Rund 170 000 von ihnen sind Berufs- und Zeitsoldaten, 15 000 Freiwillige. Zudem soll es Standortschließungen geben. Ein genaues Konzept dazu will die Maizière jedoch erst am 26. Oktober vorlegen. Verbandchef Petersen sorgt sich dabei vor allem um den Sanitätsdienst der Bundeswehr. „Wenn wir geplant mehr als 5000 Stellen in diesem Bereich wegfallen, kann eine flächendeckende Versorgung nicht mehr sichergestellt werden“, so Petersen. Es sei dabei nicht bedacht worden, dass der Frauenanteil im Sanitätsdienst mehr als 60 Prozent betrage und es hier etwa durch Schwangerschaften viel häufiger zu einem Personalausfall komme. „Hier fehlt ganz klar ein Puffer, um dieses abzufedern“, betonte er. Zudem würden bereits jetzt 400 Ärzte fehlen. „Ich frage mich, wie das in der Zukunft funktionieren soll. Das Sanitätskommando I in Kiel, das ohnehin vor eine Umstrukturierung steht, das Bundeswehrkrankenhaus in Hamburg und die vielen Sanitätsdienststellen im Norden werden dann damit zu kämpfen haben.“

Genau so geht es auch den vielen Organisationen und Einrichtungen, de-

nen wegen dem Wegfall der Wehrpflicht jetzt die Zivildienstleistenden fehlen – denn der zum 1. Juli eingeführte Bundesfreiwilligendienst kompensiert die Lücken derzeit noch nicht. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) freut sich derzeit zwar schon über rund 18 000 geschlossene Verträge zwischen den „Bufdis“ und sozialen Einrichtungen in Deutschland, geplant sind allerdings 35 000 Stellen, die bis Ende 2012 besetzt werden müssen. Für ein Taschengeld von 330 Euro pro Monat kann sich jeder, der seine Pflichtschulzeit beendet hat, und ohne Altershöchstgrenze, sechs bis 24 Monate in den Bereichen Soziales, Umweltschutz oder Kultur engagieren.

*Aus unserer Sicht ist der Bundesfreiwilligendienst mit heißer Nadel gestrickt.*

Michael van Bürk,  
Diakonie Schleswig-Holstein

Die Vereine und Organisationen haben derzeit zwar einen besseren Zulauf an Freiwilligen als anfangs befürchtet – ihr bisheriges Angebot aufrechterhalten können viele mit den Bufdis jedoch nicht. „Derzeit aber haben wir mit den Folgen des Wegfalls des Zivildienstes noch zu kämpfen“, so Sven Quittkat, Sprecher des Diakonischen Werks in Hannover. „Dienstleistungen bei der Betreuung von älteren Menschen wie Ausflüge oder Begleitung im Alltag können wir in alter Form nicht mehr aufrechterhalten.“ Die Diakonie in Niedersachsen hatte meist um die 1000 Zivildienstleistenden pro Jahr plus 250 jun-

ge Menschen, die dort ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolviert haben. Heute gibt 325 FSJ-Stellen und 125 Bufdis – rund 800 Leute fehlen also. Ganz ähnliche Schwierigkeiten gibt es bei der Diakonie Schleswig-Holstein: „Aus unserer Sicht ist der Bundesfreiwilligendienst mit heißer Nadel gestrickt. Wir versuchen den Wegfall des Zivildienstes mit mehr Ehrenamtlichen auszugleichen, und damit, dass wir Teilzeitstellen in Vollzeitstellen umwandeln, so gut es geht“, sagte Sprecher Michael van Bürk dem Abendblatt. „Eine enge Betreuung von Behinderten können wir allerdings nicht so schnell ersetzen. Durch den Wegfall des Zivildienstes entstehen Lücken. Aber wir arbeiten daran, sie zu schließen.“

Bei der AWO Niedersachsen und Bremen offenbart sich ein weiteres Problem: So gibt es hier mit rund 320 FSJlern und 120 Bufdis ein völlig anderes Zahlenverhältnis als vom Familienministerium vorgesehen. Denn während Berlin eine Quote ausgegeben hat, nach der auf drei Stellen zwei Bufdis und ein FSJler fallen müssen, ist die Verteilung hier genau andersherum. Und das liegt an einem gravierenden Attraktivitätsproblem des Dienstes: Die Eltern eines Bufdis haben trotz des geringen „Taschengeldes“, zu dem in Einzelfällen noch ein Wohngeld gewährt wird, keinen Anspruch mehr auf Kindergeld. „Der bisherige Wegfall des Kindergeldes ist gerade für sozial schwache Familie ein Hauptgrund, weshalb der Bundesfreiwilligendienst so geringe Akzeptanz hat“, meint Sprecherin Anne Brandt. Am 25. November soll jedoch ein Gesetz den Bundesrat passieren, dass diese Schwachstelle behebt.

Seite 2 Leitartikel: Stillstand ist gefährlich

## Ramsauer siegt im Duell gegen Gauweiler

Euro-Rebell verpasst den Sprung in die **CSU-Spitze**. 89,9 Prozent für Seehofer

NÜRNBERG :: Der Euro-Rebell Peter Gauweiler ist bei seinem Sprung in die CSU-Spitze gescheitert – den Unionsparteien bleibt damit wohl eine Verschärfung des Streits über die Euro-Rettung erspart. In einer Kampfabstimmung um einen CSU-Vize-Posten unterlag Gauweiler auf dem Nürnberger Parteitag am Wochenende knapp gegen Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer. Ramsauer erhielt 440 Stimmen, Gauweiler 419. Parteichef Horst Seehofer wurde von den Delegierten mit 89,9 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.

Seehofer hatte bei seiner ersten Wiederwahl vor zwei Jahren 88,1 Prozent der Stimmen geholt. Damit schaffte er nun sein selbst gestecktes Ziel, dieses Ergebnis zu steigern. Allerdings hatten viele Delegierte mit einem Resultat von mehr als 90 Prozent gerechnet. Seehofer selbst betonte: „Ich bin rundum glücklich und zufrieden.“

**Seehofer holte zum Rundumschlag gegen die politische Konkurrenz aus**

In seiner Rede versuchte Seehofer, der CSU Stolz und Zuversicht einzupumpen und sie damit auf den Kampf um den Machterhalt in Berlin und München einzuschwören. „Wir brauchen uns, liebe Freunde, vor niemandem zu fürchten“, rief er. „Wir haben die besseren Köpfe, wir haben die besseren Inhalte.“ Unter großem Applaus der rund 900 Delegierten fragte er: „Vor wem haben wir eigentlich Angst?“

Mit Blick auf seinen SPD-Herausforderer für die Landtagswahl, Christian Ude, sagte Seehofer, die von Ude regierte Landeshauptstadt München verdanke ihre gute Situation den Investitionen des Freistaats. „Mit fremdem Geld lässt sich gut stinken.“ Dem möglichen SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück warf der CSU-Chef vor, als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen die Verschuldung in die Höhe getrieben zu haben. „Drei Jahre Steinbrück in NRW – das waren 20 Milliarden neue Schulden“, sagte er. „Steinbrücks NRW, das ist Griechenland und nicht Bayern.“ Den Grünen warf er fehlende Wahrhaftigkeit vor. Es gehe nicht, dass man für den Atomausstieg demonstrierte und Investitionsvorhaben bei erneuerbaren Energien blockierte.

Gauweiler sagte über seine Niederlage: „Er hat gewonnen, und ich habe verloren. Das ist das politische Spiel. Man nennt es Demokratie.“ Ramsauer sprach von einem „Ergebnis nach Maß“. Seehofer kündigte im Bayerischen Fernsehen an, den Verlierer in die weitere inhaltliche Arbeit einbinden zu wollen. Er werde sich darum bemühen, „dass Peter Gauweiler uns vielleicht in anderer Funktion für die Arbeit in der CSU zur Verfügung steht“.

**Für die Stellvertreter gab es teils schlechte Wahlergebnisse**

Weil Gauweiler seit Jahren als scharfer Euro-Kritiker auftritt, hatten Teile der CSU im Falle seiner Wahl zum Vize einen deutlich Euro-skeptischeren Kurs ihrer Partei befürchtet. Seehofer hatte einen Kurswechsel allerdings stets ausgeschlossen. Differenzen zwischen CSU und der CDU unter Kanzlerin Angela Merkel gibt es ohnehin schon genügend, etwa in der Frage der Griechenland-Rettung. Seehofer hatte zum Auftakt des Parteitags am Freitag allerdings eine offene Konfrontation mit Merkel vermieden.

Zu weiteren Stellvertretern Seehofers wurden Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt und Bayerns Justizministerin Beate Merk gewählt – teils mit schlechten Ergebnissen. Stamm erreichte 85,8 Prozent, Schmidt 73,1 Prozent. Merk kam dagegen nur auf 63,2 Prozent. (HA)



CSU-Chef Horst Seehofer verfehlt knapp die 90-Prozent-Marke Foto: AFP

# Hacker spüren Sicherheitslücke im „Bundestrojaner“ auf

Software zur Überwachung von Internet-Telefonaten kann auch zu „**Großem Lauschangriff**“ und einer Manipulation von Ermittlungsergebnissen eingesetzt werden

CHRISTOPH DERNBACH

BERLIN :: Der Programmierer des „Bundestrojaners“ muss wohl ein Star-Wars-Fan gewesen sein: C3PO-r2d2-POE lautete das Passwort zur Übertragung der erschnüffelten Daten auf einen Server in den USA. C-3PO und POE sind Roboter aus den Star-Wars-Filmen, die wie Menschen aussehen. R2-D2 ist der knubbelige Roboter, der wie ein Mechaniker Raumschiffe reparieren kann. Doch es geht nicht um Science-Fiction: Die Software, die mit diesen Passwörtern arbeitet, überschreitet nach den Erkenntnissen der Experten vom Chaos Computer Club (CCC) eindeutig die Grenze, die das Bundesverfassungsgericht im Februar 2008 für die Online-Überwachung von Tatverdächtigen gezogen hat.

Die Hacker erhielten in den vergangenen Wochen anonym mehrere Pakete

zugeschickt, in denen sich Festplattenbefanden, die mit einer Computerwanzensoftware befallen waren. Der CCC ordnet diesen Trojaner eindeutig den staatlichen Strafverfolgern zu. Und auch der Antiviren-Spezialist F-Secure sieht „keinen Anlass, die Erkenntnisse des CCC anzuzweifeln“.

**Laut Innenministerium halten sich Ermittler an gesetzliche Vorgaben**

Das zuständige Bundesinnenministerium ging zunächst auf Tauchstation – dann dementierte die Behörde zumindest für das BKA: „Das Bundeskriminalamt hat den sogenannten Trojaner nicht eingesetzt“, sagte ein Sprecher. Ob andere Ermittlungsbehörden die Überwachungssoftware eingesetzt haben könnten, ließ er offen: „Im Übrigen sind die zuständigen Justiz- und Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder jeweils eigenständig für die Einhal-

tung technischer und rechtlicher Vorgaben verantwortlich.“

Die Mitarbeiter von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) waren seit Freitag vorgewarnt: Da überbrachte der ehemalige Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) dem Ministerium die Recherche-Ergebnisse des Vereins, damit die Strafverfolger eventuell laufende Überwachungsaktionen noch kontrolliert beenden können. Im Vorfeld der Enthüllung des CCC hatte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums eingeräumt, dass staatliche Stellen Programme zur Telekommunikationsüberwachung an der Quelle (Quellen-TKU) einsetzen. Dabei hielten sich die Ermittler an die gesetzlichen Vorgaben. Die Aktionen müssten auch immer durch einen Richter angeordnet sein.

Stimmen die Vorwürfe des Chaos Computer Clubs, halten sich die Straf-

verfolger in Deutschland aber nicht an diese Grenzen. Nach der Analyse der Hacker belauscht der „Bundestrojaner“ nämlich nicht nur Telefonate, die mit Programmen wie Skype über das Internet geführt werden. Das Programm sei auch in der Lage, in schneller Folge Bildschirmfotos von den Inhalten des Webbrowsers oder von Chat- und E-Mail-Programmen zu machen.

„Auch niemals versendete Nachrichten oder Notizen könnten so kopiert werden. Intime Notizen gehörten aber zu dem strikt geschützten Kernbereich, den das Bundesverfassungsgericht bewahrt sehen wollte“, schrieb CCC-Sprecher Frank Rieger in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Der Quellcode der Software war auf fünf Seiten dokumentiert.

Die Software könne aber nicht nur einen infiltrierten Computer kontrollieren, sondern auch neue Programme

aus dem Netz nachladen und installieren. Die Experten des CCC befürchten, dass dabei auch der Manipulation von Ermittlungsergebnissen oder der fälschlichen Beschuldigung von Unschuldigen Tür und Tor geöffnet werde. So könne man belastendes Material wie kinderpornografische Bilder oder Videos auf einem Rechner einschleusen, ohne dass der ahnungslose Anwender davon etwas mitbekommt.

„Schockiert“ waren die CCC-Hacker auch, dass der deutsche Staatstrojaner die Ergebnisse der Online-Schnüffelei rund um den Globus hin und her sendet. „Zur Tarnung der Steuerzentrale werden die ausgeleiteten Daten und Kommandos obendrein über einen in den USA angemieteten Server umgelenkt“, heißt es in der Analyse des Klubs. „Die Steuerung der Computerwanze findet also jenseits des Geltungsbereichs des deutschen Rechts statt.“